

SITZUNGSVORLAGE Nr. 24-V-51-0021

(JJ - V - Amt - Nr.)

Betreff Demokratie leben; Erfahrungs- und Sac	chsta	ndsbericht			
Dezernat/e VI					
Bericht zum Beschluss			Nr.	vom	
Erforderliche Stellungnahmen					
 ☐ Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierur ☐ Kämmerei ☐ Frauenbeauftragte nach HGIG ☐ Frauenbeauftragte nach HGO ☐ Sonstiges 	ng	☐ Rechtsamt ☐ Umweltamt: l ☐ Straßenverke	-	•	
Beratungsfolge		(wird von Amt 16 ausg	gefüllt) DL-N	r.	
Kommission	•	nicht erforderlich		erforderlich	0
Ausländerbeirat	O	nicht erforderlich		erforderlich	0
Kulturbeirat	O	nicht erforderlich		erforderlich	0
Ortsbeirat	O	nicht erforderlich		erforderlich	0
Seniorenbeirat	•	nicht erforderlich		erforderlich	O
Magistrat Eingangsstempel Büro d. Magistrats	0	Tagesordnung A Umdruck nur für Ma	•	esordnung B ieder	•
Stadtverordnetenversammlung	0	nicht erforderlich		erforderlich	\odot
	\odot	öffentlich	nic	cht öffentlich	0
	\boxtimes	wird im Internet / PI	Wi veröffentli	cht	
Anlagen öffentlich	Anl	agen nichtöffentlic	h		
Erfahrungs- und Sachstandsbericht					

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Das als Nachfolgeprojekt des ab 2009 geförderten Bundesprojektes "Vielfalt tut gut" gestartete Projekt "Demokratie leben" - unterstützt durch die Förderungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) - hat sich mit Beginn 2015 in der Landeshauptstadt Wiesbaden etabliert. Ab 2025 wird die Förderung fortgeführt und bewährte Ansätze unter dem Motto "Demokratie fördern - Vielfalt gestalten - Extremismus vorbeugen" bleiben die Programmziele.

Die erfolgreiche Arbeit von "Demokratie leben" der LH Wiesbaden, zielgerichtet auf das städtische Engagement für eine demokratische, freie und friedliche Gesellschaft, soll auch in der nächsten Förderperiode fortgesetzt werden.

C Beschlussvorschlag

- Es wird zur Kenntnis genommen:
- 1.1 Der Erfahrungs- und Sachstandsbericht des Bundesprojektes "Demokratie leben" liegt vor. Mit dem Programm f\u00f6rdert das BMFSFJ seit 2015 zivilgesellschaftliches Engagement f\u00fcr ein vielf\u00e4ltiges und demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen Radikalisierungen und Polarisierungen in der Gesellschaft. Im Rahmen von lokalen Partnerschaften f\u00fcr Demokratie konnten zahlreiche Handlungskonzepte zur F\u00f6rderung von Demokratie und Vielfalt in der LH Wiesbaden entwickelt und umgesetzt werden.
- 1.2 Die Fach- und Koordinierungsstelle des Projektes erstellte einen Erfahrungs- und Sachstandsbericht mit Dokumentation der Zusammenarbeit und Initiativen der zahlreichen Akteurinnen und Akteure seit Beginn 2015.
- 1.3 Das Förderprogramm des Bundes wird voraussichtlich auch ab 2025 bis 2032 weitergeführt.
- 1.4 Das erfolgreiche Projekt "Demokratie leben" soll bei Förderung über das Jahr 2024 hinaus bis 2032 unverändert fortgesetzt und verlängert werden.
- 1.5 Die Weiterführung des Projektes impliziert die gemäß den Förderrichtlinien zur Verfügung zu stellenden personellen städtischen Ressourcen analog der Vorjahre bis 2032.
- 2. Es wird beschlossen:
- 2.1 Der Erfahrungs- und Sachstandbericht gilt als eingebracht und genehmigt.
- 2.2 Das Projekt "Demokratie leben" wird in der LH Wiesbaden unter der Voraussetzung der weiteren Förderung durch das BMFSFJ und auf der Grundlage der erworbenen Erfahrungen in den Jahren 2025 bis 2032 unverändert weitergeführt.
- 2.3 Gemäß den Förderrichtlinien des Bundesprogrammes werden die personellen städtischen Ressourcen analog der Vorjahre in den Jahren 2025 bis 2032 unverändert zur Verfügung gestellt.
- 2.4 Ein Erfahrungsbericht der o. g. Fach- und Koordinierungsstelle wird als Saisonbericht 2028 und 2031 eingebracht.
- 2.5 Im Rahmen der Fortführung des Projektes entstehen keine zusätzlichen Kosten.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

IV. Öffentlichkeitsarbeit | Bürgerbeteiligung

(Hier sind Informationen über Bürgerbeteiligungen in Projekten einzufügen)

Bestätigung der Dezernent*innen

Dr. Becher Stadträtin